

**#NO ESCAPE  
RUNDBRIEF  
SOMMER 2025**



w a d i

# LIEBE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

von THOMAS VON DER OSTEN-SACKEN,  
Geschäftsführung



**E**s entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ich vergangenes Jahr die Einleitung zu unserem Sommerrundbrief aus einem Park in Suleymannah schrieb und darin unter anderem feststellte, dass viel zu früh die unerträgliche Hitze eingezogen sei. Es gab Zeiten, da versuchte man zu erklären, was es für Menschen heißt, unter solchen Temperaturen leben zu müssen. Nun, inzwischen kletterte das Thermometer auch im Rhein-Main-Gebiet auf annähernd 40 Grad und es bedarf keiner solchen Erklärungen mehr. Jede und jeder muss nun am eigenen Leib erleben, was solche Hitze bedeutet.

Wir erleben hautnah, dass der Klimawandel vor nationalen Grenzen keinen Halt macht, und diese alte Idee, dass es so etwas wie eine Menschheit gibt, die sich eben diesen Planeten irgendwie zu teilen hat und entweder eine Zukunft ge-

meinsam oder keine hat, stellt sich mit neuer Dringlichkeit - auch wenn sie gerade nicht einmal mehr in Sonntagsreden sonderlich populär ist. Zwar leiden die Menschen in Südostasien, dem Nahen Osten und großen Teilen Afrikas derzeit ungleich stärker unter den Folgen des Klimawandels als die Happy Few in den Industrienationen des Nordens, doch langsam wird auch diesen klar, dass auf Dauer die Lebensgrundlagen aller gefährdet sind. Wenn es so weitergeht, wird letztlich niemand ungeschoren davonkommen.

Umso wichtiger wäre es daher - nicht nur, wenn es ums Klima geht -, diese Idee von Menschheit wieder stark zu machen, statt zu glauben, man könne sich auf Dauer erfolgreich abschotten, indem man Grenzen schließt und große Teile eben dieser Menschheit dem Elend überlässt. Leider aber steht genau dies gerade auf der Tagesordnung, und so trifft es am Ende mal wieder die am härtesten, die dringend auf Schutz und Unterstützung angewiesen wären.

Im Rahmen ihrer „Asyl- und Migrationswende“ stoppte die neue große Koalition gerade im Bundestag den, wie es im Fachjargon heißt, „Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte“. Genauer gesagt hatte bereits die Vorgängerregierung eine Obergrenze von jährlich maximal 12.000 Menschen verordnet. Unter „subsidiär Schutzberechtigte“ fallen in Deutschland auch geschätzt 30.000 Jesidinnen und Jesiden, die als Überlebende des vom „Islamischen Staat“ (IS) 2014 verübten Genozids in Deutschland um Asyl baten. Individuelle Verfolgung lag in der Regel nicht vor – dem IS ging es schließlich darum, die Jesiden als Kollektiv zu vernichten (das ist das Wesen eines Genozids). Da deshalb zuständige

Bundesbehörden und Gerichte bis Ende 2017 Jesiden eine Gruppenverfolgung attestierten, bekamen diese in Deutschland einen Schutzstatus als so genannte subsidiär Schutzberechtigte. Dieser kann regelmäßig überprüft werden und ist weniger „stark“ als eine Anerkennung nach § 16a des deutschen Grundgesetzes.

Inzwischen wurde von Gerichten entschieden, dass es keine Gruppenverfolgung für Jesiden im Irak mehr gäbe. Das heißt für viele: Ihr Schutzstatus wird ihnen entzogen und es kommt immer häufiger zu Abschiebungen in ein Land, das keinerlei Zukunft für sie bereithält. Diejenigen, deren Status bis jetzt noch nicht revidiert wurde, hatten darauf gesetzt,





#### **CITIZENSHIP-WORKSHOP IN EINER SCHULE**

dass ihre Familienangehörigen, die weiter in Camps im Irak leben müssen, nachgeholt werden können. Dafür warteten sie, ließen unzählige bürokratische Prozeduren über sich ergehen, nur um nun zu erfahren, dass aus all dem nichts wird, denn der Familiennachzug wird, wie es heißt, für zwei Jahre ausgesetzt. Was dies für Betroffene bedeutet, kann man sich nur schwer ausmalen.

Überhaupt, um beim Thema zu bleiben, sind es kleine Meldungen in den Medien, die dann große und verheerende Folgen haben, von denen kaum jemand etwas erfährt. Als eine seiner ersten Amtshandlungen strich US-Präsident Donald Trump einen Großteil der amerikanischen Entwicklungshilfe und kündigte an, USAID abwickeln zu wollen. Damit fielen quasi über Nacht weltweit 40% al-

ler internationalen Hilfen weg – natürlich mit katastrophalen Auswirkungen in unzähligen Ländern.

Diese Entscheidung traf auch – fast möchte man sagen: wie sollte es anders ein? – all jene Jesiden, die weiterhin, elf Jahre nach dem Genozid, in IDP-Camps leben müssen. Auf einen Schlag verschlechterte sich die Gesundheits- und Sozialversorgung noch einmal, Kindergärten wurden geschlossen, und selbst an der Müllabfuhr hapert es seitdem.

Unsere jesidischen Kolleginnen, die seit 2014 für Wadi in den Camps tätig sind, haben in den letzten Monaten eine Bestandsaufnahme der Lage gemacht. Wir haben dies zum Anlass genommen, in Erbil eine Konferenz zu organisieren, um lokale und internationale Medien, Regie-

rungsvertreter/innen aus dem Irak und Mitarbeiter/innen europäischer Konsulate über die Lage vor Ort zu informieren und zu besprechen, was man nach Wegfall der US-amerikanischen Gelder unternehmen könnte, damit sich die Lebensbedingungen der Campbewohner/innen nicht noch weiter verschlechtern.

Einen Auszug des Beitrages unserer Mitarbeiterin Basma Aldakhi möchten wir in diesem Rundbrief mit Ihnen teilen.

Natürlich ist auch uns bewusst, dass Konferenzen, Appelle und Berichte in der Regel wenig ändern, ja oft nur aktivistischer Ausdruck der eigenen Ohnmacht sind. Diese Konferenz allerdings war ein ausdrücklicher Wunsch, geäußert von den Partnerorganisationen der „Active Citizenship“-Kampagne, die wir gerade mit großer Resonanz im Nordirak umsetzen. Im Zentrum dieser Kampagne steht, wie wir schon im vergangenen Rundbrief länger ausgeführt haben, das Konzept von aktiver bürgergesellschaftlicher Organisation und Partizipation, wie etwa der Anspruch, dass alle Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz gleich und mit gleichen Rechten ausgestattet sind.

Dies gilt sowohl für heimatvertriebene Jesidinnen und Jesiden wie auch für alle anderen Iraker/innen. So war es der Wunsch und Anspruch der „Active Citizenship“-Kampagne, das Elend in den Camps als eines von Mitbürger/innen zu adressieren und nicht etwa als humanitäres Problem einer bedauernswerten Minderheit.

## **...DAS KONZEPT VON CITIZENSHIP HAT GERADE UNTER JÜNGEREN MENSCHEN - NICHT NUR IN IRAKISCH-KURDISTAN UND IM IRAK- EINE GROSSE BEDEUTUNG.**

Diesen Ansatz und Anspruch hatten wir schon immer, und wir haben in allen Projekten versucht, ihn umzusetzen. Daher ist es in so trüben Zeiten wie den heutigen sehr erfreulich, zu sehen, welche Bedeutung inzwischen dieses Konzept von Citizenship gerade unter jüngeren Menschen nicht nur in Irakischem-Kurdistan und dem Irak hat.

Nach dem überraschenden Sturz der furchtbaren Assad-Diktatur durch Milizen der islamistischen HTS waren viele Syrerinnen und Syrer, die das Ende dieses Regimes überall feierten, nicht nur konfrontiert mit all dem Horror, der sich ihnen zeigte, als sich die Türen der berüchtigten Foltergefängnisse öffneten. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gab es auch Freiräume, sich zu organisieren,

und die Menschen nutzten das ausgiebig. In Damaskus gründete sich vor einiger Zeit die „Syrian Equal Citizenship Alliance“ eine Plattform aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, kleinen Parteien und anderen Akteuren. „Die Religion gehört Gott und die Heimat gehört allen“ ist einer ihrer Slogans. Seit Jahren schon stehen wir mit unterschiedlichen Partnern aus der syrischen Opposition in Kontakt, haben unter anderem das Projekt „Vom Untertan zum Bürger“ mit ihnen durchgeführt und sind nun froh, das im Irak gesammelte Wissen und Know How erneut in Syrien nutzbar machen zu können. So haben Wadi-Mitarbeiter/innen im Januar eine Reise nach Syrien unternommen und sich dort mit Partnern ausgetauscht. Nun arbeiten wir daran, das Active Citizenship Konzept auch dort umzusetzen. Die syrische Gesellschaft steht vor schier unbewältigbaren Herausforderungen, das Land ist weitgehend zerstört, Infrastruktur liegt am Boden, 80% der Menschen leben unter dem Existenzminimum. Dazu kommen all die politischen und sozialen Spannungen sowie das tiefe Misstrauen vieler Menschen, darunter auch unserer Partner, ob die neue Regierung ihre Versprechen einhält oder das Land doch schleichend in einen islamischen Staat verwandeln will.

Wir jedenfalls werden, wie wir das im Irak seit nunmehr fast 35 Jahren tun, im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen, Initiativen und Projekte zu unterstützen, die Entwicklung und Citizenship miteinander verbinden.

Ebenso führen wir unsere Kampagnen gegen Gewalt und Genitalverstümmelung und für Umwelt- und Klimaschutz gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort im Irak fort – auch wenn sich angesichts der allgemeinen Entwicklung vieles noch einmal schwerer gestaltet, denn der Wegfall amerikanischer Hilfsgelder macht sich überall bemerkbar. Natürlich verändern sich dadurch auch Prioritäten: Wo Menschen akut von Hunger, Krankheit oder dem Verlust ihrer Wohnungen bedroht sind, muss geholfen werden. Da Geld knapp ist, geht dies auf Kosten all jener Projekte und Programme, die wie unsere nicht auf Nothilfe, sondern langfristige Entwicklung und Veränderung zielen.

Umso wichtiger ist es uns, dass Sie unsere Partner und unsere Projekte weiter solidarisch begleiten und mit Ihrer Spende deren Fortgang ermöglichen.

**In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen von uns allen einen schönen Sommer.**

# **JESIDEN: EINE GANZE GESELLSCHAFT WURDE IHRER RECHTE BERÄUBT**

**Im Folgenden lesen Sie ein Auszug aus der Rede unserer langjährigen Mitarbeiterin Basma Aldakhi, die sie auf unserer Pressekonferenz in Erbil zur Situation der Jesidinnen und Jesiden gehalten hat.**



**S**ehr geehrte Damen und Herren,  
in den Vertriebenenlagern im Regierungsbezirk Dohuk leben die Menschen nicht einfach nur unter schwierigen Bedingungen... Sie leben auch in einem Schwebezustand zwischen einer Vergangenheit, die sie mit all ihren Schrecken verfolgt, und einer unbekannten Zukunft.

## **DAS LEBEN IN DEN LAGERN IST KEIN LEBEN... ES IST EIN WARTEN.**

Warten auf eine Rückkehr, auf Würde, auf eine politische Entscheidung, die sie von einer Realität befreit, mit der sie sich niemals abfinden können. Dieses Warten dauert schon lange an ... Es brauchte Jahre, bis aus dem Zelt ein Haus und aus

dem Lager eine vorübergehende Heimstätte wurde. Das Leben im Lager wurde dauerhaft, jedoch ohne irgendwelche Garantien oder Rechte.

Bei der Vertreibung der Jesiden geht es nicht um eine vorübergehende humanitäre Krise, sondern um eine ganze Gesellschaft, die ihres Landes, ihrer Rechte, ihrer Geschichte und ihrer Sicherheit beraubt wurde, und deren Vertrauen von den Mächtigen, der Welt und manchmal sogar vom Leben selbst zerstört wurde.

## **ZURÜCKKEHREN!?**

Einige von Ihnen werden sich vielleicht fragen: „Warum kehren die Binnenvertriebenen nicht in ihre Heimat zurück?“

Eine scheinbar einfache Frage, doch die Antwort ist bitter und kompliziert. Jede/r Vertriebene hat eine Geschichte, die

sich nicht einfach zusammenfassen lässt, und die Gründe, nicht zurückzukehren, sind vielfältig. Vor allem sind die ursprünglichen Gebiete zu einem Schauplatz von Auseinandersetzungen geworden, zu einer Konfliktzone. Sie sind zu einem Spielball in den Händen von Parteien verkommen, die sich nicht um die Menschen in der Region scheren.

Gewiss, es gibt Menschen, die nach Shingal zurückgekehrt sind, aber sie sind immer noch Vertriebene... Denn in ihren ursprünglichen Dörfern gibt es nicht einmal das Nötigste für ein menschenwürdiges Leben. Die Infrastruktur ist zu 80 Prozent oder mehr zerstört, es gibt so gut wie keine Versorgung. Shingal ist der einzige Bezirk im Irak, der seit Jahren keine funktionierende Verwaltung mehr hat, und die Regierungen haben es versäumt, diese Krise zu lösen.

## **DAS ENTSCHEIDIGUNGS-VERFAHREN IST EINE WEITERE KATASTROPHE.**

Letzten Monat habe ich mehrere Familien getroffen, die nach Sinjar zurückgekehrt sind und vor vier Jahren Entschädigungsschecks von der Regierung erhalten haben... Aber diese Schecks sind bis heute nicht ausbezahlt worden.

Die Vertreibungen sind zu einem politischen Spiel geworden, von dem leider viele profitieren. Es gibt Familien, die sagen: „Wir sind bereit, morgen zurückzukehren... Wenn wir nur glauben könnten, dass das Land, in das wir zurückkehren werden, unsere Kinder nicht wieder verschlucken wird.“

## **„DIE VERTREIBUNGEN SIND ZU EINEM POLITISCHEN SPIEL GEWORDEN, VON DEM LEIDER VIELE PROFITIEREN.“**

- Aber was sagen wir einer Mutter, die befürchtet, dass ihr Haus bombardiert wird?
- Was einem Vater, der die Überreste seiner Söhne, die in Massengräbern liegen, noch nicht begraben konnte?
- Was einer Familie, die ihr Haus verloren hat und kein Obdach hat?
- Was einem Vater, dessen Name nicht auf den Entschädigungslisten auftaucht?

Das ist der bittere Widerspruch: Die irakische Regierung verkündete, das Kapitel der Vertreibungen beenden zu wollen. Sie stellte die Hilfe für die Lager unter dem Vorwand, dass alle in Würde nach Hause zurückkehren könnten. Seit dieser Entscheidung ist mehr als ein Jahr vergangen, und die Menschen befinden sich immer noch unter schwierigsten humanitären Bedingungen in den Lagern.

Andererseits aber hat das Ministerium für Einwanderung die Ausstellung von „Rückkehrbriefen“ eingestellt, ohne die Binnenvertriebene nicht zurückkehren dürfen!

Auch die meisten humanitären Organisationen zogen sich nach dem Regierungsbeschluss zurück; ihre Projekte in den Lagern wurden nicht fortgeführt. Was das Problem noch verschlimmerte, war die Entscheidung der US-Regierung, die Unterstützung einzustellen. Das hat die Binnenvertriebenen sehr stark getroffen.

Der Umgang mit den Vertriebenen ist voller Fragezeichen. Ich habe nicht auf alles eine Antwort. Ich überlasse sie den zuständigen Behörden.

## **SICHER IST: DIE FRAUEN TRAGEN DIE HAUPTLAST.**

Es gibt keine Gesundheitsfürsorge, keine angemessene psychologische Unterstützung, und viele Frauen tragen Verantwortung für ganze Familien.

Einige wurden frühverheiratet, andere mussten für Niedrigstlöhne in ausbeuterischen Verhältnissen arbeiten, einfach weil es keine Alternativen gibt.

Die jüngste Entscheidung der US-Regierung, die Unterstützung von vielen humanitären Organisationen einzustellen, hatte erhebliche Auswirkungen auf Frauen und Kinder.

In jedem Lager gab es mehr als 300 Menschen – meist Frauen und Kinder –, die von Projekten profitierten, die von US-Organisationen finanziert wurden. Nun sind diese Projekte fast vollständig zum Erliegen gekommen.

Da die Regierung ihre Hilfe unter dem Vorwand eingestellt hat, „das Kapitel der

**WAS DAS PROBLEM NOCH VERSCHLIMMERTE, WAR DIE ENTSCHEIDUNG DER US-REGIERUNG, DIE UNTERSTÜTZUNG EINZUSTELLEN**

Vertreibungen beenden“, liegt die einzige Hoffnung für die Binnenvertriebenen in dieser Situation auf der Zivilgesellschaft und humanitären Organisationen.

Und was ist mit der Umwelt? Sie leidet wie die Menschen. Abfälle häufen sich an.

Einige Lager liegen in der Nähe von Erdölförderanlagen, was zu einer hohen Umweltbelastung führt. Man hat dort schwere Erkrankungen festgestellt, die auf das jahrelange Einatmen verschmutzter Luft zurückzuführen sind.

## **PSYCHOSOZIALE UNTERSTÜTZUNG?**

Sie ist schwach ausgestattet, nicht verlässlich vor Ort und nicht in der Lage, mit dem Ausmaß des kollektiven Traumas Schritt zu halten, unter dem die Menschen seit 2014 und bis heute dort leiden.

Einige Organisationen arbeiten, aber ihre Projekte decken nur 20% des tatsächlichen Bedarfs ab.

## **SELBST DIE GESETZE, DIE DIE OPFER EIGENTLICH SCHÜTZEN SOLLTEN, SIND ZU INSTRUMENTEN GEWORDEN, UM SIE ZU QUÄLEN.**

Die „Rückkehrbriefe“ wurden eingestellt, die Entschädigungszahlungen ausgesetzt, und die fehlende Koordination zwischen Bagdad und Erbil hat ein Übriges dazu beigetragen, die Vertreibung zu einer dauerhaften Realität werden zu lassen, statt zu einer vorübergehenden.

Wissen Sie, was es bedeutet, zehn Jahre lang vertrieben zu sein?

Man verliert seine Jugend, die Kinder wachsen ohne Stabilität und ohne Identität auf. Die meisten Kinder im Lager wissen nicht, dass sie aus Sinjar stammen, und wenn man sie fragt „Woher kommt Ihr“, sagen sie, aus diesem oder jenem Lager. Wissen Sie, was es bedeutet, wenn Ihre Zukunft von Versprechungen abhängt, die sich nicht erfüllen?

Vertriebene Jesidinnen und Jesiden verlangen nicht das Unmögliche. Sie bitten nur um eine würdige, sichere und geordnete Rückkehr... In bewohnbare Häuser, in Gebiete mit einer echten Zivilverwaltung, mit einer Schule, einem Gesundheitszentrum und einer Arbeitsmöglichkeit.

Sie wollen keine Subventionen... Sie wollen Gerechtigkeit. Doch die Gerechtigkeit will nicht kommen. Das Warten selbst ist zu einem Zwang geworden, an dem sie ersticken.

Ihre einzige Hoffnung ist heute, dass die Unterstützung der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft so lange anhält, bis die Zeit für eine echte Rückkehr in Würde gekommen ist.“

**Wadi unterstützt seit dem Genozid an den Jesiden im August 2014 vielfältige Projekte vor allem zur Unterstützung von Frauen und Mädchen, die damals vom Islamischen Staat entführt und dann systematisch missbraucht wurden. Wir haben, trotz der immer schwieriger werden Bedingungen, diese Unterstützung nicht eingestellt und planen, sie auch so lange fortzuführen, wie dies nötig ist.**

Detaillierte Projektbeschreibungen finden Sie auf unserer Homepage [www.wadinet.de](http://www.wadinet.de) und auch bei unserer langjährigen Partnerorganisation Jinda: <https://jinda-organization.com>.

# SYRIEN: ZWISCHEN DEMOKRATISIERUNG UND ISLAMISMUS

**Norbert Reichelt vom in Köln ansässigen „Demokratische Salon“ führte im Frühjahr ein längeres Gespräch mit Wadi-Geschäftsführer Thomas von der Osten-Sacken nach dessen Rückkehr aus Syrien.**

**G**erade angesichts der tragischen Entwicklungen in Syrien scheint es uns wichtig, daran zu erinnern, wie viel Hoffnung es nach dem Sturz des Assad-Regimes gegeben hat. Nun droht einmal mehr, dass all die Fehler aus vergangener Zeit wiederholt werden, die vor allem darin bestehen, dass regional und international auf eine Stabilität gesetzt wird, die sich dann sehr schnell als falsche entpuppt. Dann nur ist es oft leider schon zu spät und den Preis dafür zahlen erneut unzählige Menschen mit ihrem Leben und ihrer Zukunft.

*Folgend einige Auszüge aus dem Gespräch.*

**THOMAS VON DER OSTEN:** Das ist die Tragödie des arabischen Frühlings von 2011, der jetzt seinen Fortgang findet. Junge Menschen gehen auf die Straße. Mit ihren Nationalfahnen. Sie sagen: Wir wollen Citizenship, wir wollen feste Grenzen, wir wollen Tunesier, Libyer, Syrer sein. Letztlich ist das das arabische

1848. Ein Friedrich Stoltze, ein Heinrich Heine oder ein Victor Hugo würden sofort verstehen, was die Leute dort fordern. Wir aber reden über Kultur und Religion. Die spielen natürlich auch eine Rolle, aber letztlich geht es im gesamten Nahen Osten um Würde, Verfassung, Citizenship. Wir haben keine deutsche Übersetzung für dieses Wort, denn Staatsbürgerschaft ist etwas anderes. Auch Citoyennité ist etwas anderes als Citizenship.

All diese grundsätzlichen politischen Fragen, die man auch aus der europäischen Geschichte kennt, stehen in diesen Ländern auf der Tagesordnung. Aber das begreift man in Europa irgendwie zurzeit nicht. Wenn Menschen dort „ein Gesetz für alle fordern“ meinen sie auch, dass aus bestehenden Verfassungen jene Bezüge auf islamisches Recht gestrichen werden sollen, in denen Frauen anders als Männer behandelt werden und anderes Recht für Muslime gilt als für Christen.

## Norbert Reichel: Durchweg?

**TOS:** Mehr oder weniger. Ich war 2011 in Tunesien, wenige Tage nachdem Ben Ali gestürzt war, und „Citoyennité“ tauchte überall als Forderung auf. Später haben wir mit Partnern in Syrien und im Irak Projekte auf den Weg gebracht, deren Motto war „Vom Untertan zum Bürger“. Das begeistert Leute: Formen lokaler Demokratie und Partizipation. Bloß keine Untertanen mehr sein, Bürger werden. Mit dem Slogan können alle dort etwas anfangen.

Vor diesem Hintergrund müsste man auch über die Zukunft Kurdistans sprechen, nicht vor so einem völkischen, der Kurden als irgendwie in ihren Bergen verwurzelte Ethnie betrachtet. Das ist nicht etwas Ethnisch-Kulturelles. Das föderale Modell im Irak fußt schließlich auch auf Territorialität, nicht auf Ethnizität. Man kann letztlich nicht einmal objektiv definieren, wer eigentlich nun ein Kurde ist – bei religiöser Zugehörigkeit ist das einfacher: Christ ist, wer eine Geburtsurkunde besitzt, auf der das steht, gleichviel ob römisch-katholisch, griechisch-orthodox, syrisch-orthodox, armenisch. (...)

## FRAUENREISE IN DEN IRAK

Wer gerne einen persönlichen Einblick in unsere Projektarbeit vor Ort bekommen und einige unserer Partner dort kennen lernen möchte, hat jetzt die Gelegenheit, dies im Rahmen einer Studienreise zu tun:

**Andrea Diefenbach von „Orientaltours“ bietet vom 28.03.2026 – 09.04.2026 eine Frauenreise in den Irak von Basra nach Erbil an.**

In Erbil werden sie unsere Projekte besuchen und sich über unsere Kampagne „No to Violence“ über die wir auch schon in unseren Rundbriefen berichtet haben, informieren.

*Mehr Informationen finden Sie hier:  
<https://orientaltours.de/reise/13/irak-frauenreise/>*

Die Kehrseite: In Syrien regiert eine Nachfolgeorganisation von al-Kaida. Was heißt das? Letztlich ist damit plötzlich der salafistische Islam, der auch von Saudi-Arabien und den Emiraten ausgeht, der große Sieger. Lange dachte man, das sind die großen Verlierer. Man darf aber auch nicht vergessen, dass nicht nur der Iran Verlierer ist, auch die Muslimbrüder sind Verlierer. Man darf die Spannungen zwischen den Muslimbrüdern und den arabischen Regierungen am Golf nicht übersehen. Die Emirate und die Saudis haben eine wahnsinnige Angst vor freien Wahlen und vor den Muslimbrüdern. Das sind innerislamische Spannungen. Das hat auch dazu geführt, dass die Saudis gegen die Wahlsiege der Muslimbrüder in Ägypten, im Sudan, in Libyen militärische Unterstützung geleistet haben.

Auf der anderen Seite treiben die Saudis und die Emirate die Annäherung an Israel voran, haben intern auch verschie-

dene Reformen durchgeführt. Aber sie wollen keine Wahlen, sie sagen: Das islamische System des Konsenses, der Konsultation, ist im 21. Jahrhundert eigentlich viel erfolgreicher als das Modell der Demokratie.

**NR: Es wäre also denkbar, dass in Syrien keine Demokratisierung im westlichen Sinne herauskommt, sondern eher eine Entwicklung im saudischen Sinne?**

**TOS:** Das ist die Spannung. Die HTS redet über Toleranz, sie redet nicht über Demokratie. Sie redet nicht über eine demokratische Verfassung. Sie wollen eher

so etwas nach dem Vorbild der Vereinigten Arabischen Emirate. Dort hat jeder Bürger das Recht, sich an den Emir zu wenden. Der Emir lässt sich beraten, aber es gibt keine Verfassung, in der Volkssouveränität festgeschrieben ist. Es gibt keine Gleichheit vor dem Gesetz, sondern die Scharia. Wer ist der Souverän? Gott oder das Volk?

Das ist die Diskussion im Islam seit über 150 Jahren. Das sind die zentralen Fragen, um die es im Nahen Osten seit langem geht. Wenn Gott die Gesetze gegeben hat, haben wir Menschen kein Recht, diese zu ändern. Wir können sie nur interpretieren. Also muss – wie im Iran –



VON ASSADS ARMEE ZERSTÖRTER VORORT VON DAMASKUS

dies so in der Verfassung stehen. Wenn Gott die Gesetze macht, kann kein Parlament Gesetze beschließen, denn es würde dann die Allmächtigkeit Gottes in Frage stellen. Also ist die erste Frage an Islamisten immer die Frage, ob sie Volksouveränität akzeptieren oder nicht. Kann ein Parlament ein Gesetz verabschieden oder kann es das nur, wenn ein Rat vorher festgestellt hat, dass das Gesetz nicht der Scharia widerspricht? Im Irak steht in der Verfassung, Gesetze dürfen weder den Menschenrechten noch der Scharia widersprechen. Das ist in sich schon völlig widersprüchlich.

Das verstehen viele in Europa nicht. Sie verstehen auch nicht, dass Scharia-Recht konkretes Recht ist. Frauen, Männer, Sunnitnen, Schiiten, Juden, Christen sind unterschiedlich, also muss auf sie auch unterschiedliches Recht angewandt werden. Bürgerliches Recht geht vom abstrakten Staatsbürger und der abstrakten Gleichheit vor dem Gesetz aus. Also werden Verfassungen so entwickelt, dass es den abstrakten Staatsbürger gibt, oder geht man vom konkreten Bürger aus?

Die maghrebinische Frauenbewegung hat vor 20 Jahren gefordert: „One Law for All!“ Ein Gesetz, das für alle gilt. Das ist im Kontext von islamischem Recht revolutionär, weil es den abstrakten Staatsbürger fordert. Wenn ich also von Minderheitenschutz spreche, reproduziere ich das Denken islamischen Rechts. Die Minderheit hat einen Sonderstatus, sie kann sich auch selbst verwälten, aber sie hat ein anderes Recht. (...)

Das Interessante im Irak ist, dass das Problem dort in der Verfassung gelöst wurde. In der Verfassung sind die Kurden ein „Staatsvolk“, und das ist etwas anderes als eine folkloristische Gruppe. Der Irak besteht aus zwei Staatsvölkern, den Arabern und den Kurden. Deshalb ist alles zweisprachig, auch die Pässe sind zweisprachig. Als Kurde habe ich überall im Irak das Recht, meine Angelegenheiten in kurdischer Sprache zu regeln.

### **NR: Wie in der Schweiz? Oder in Belgien?**

**TOS:** Kanada! Bürgerliche Individualrechte sind immer stärker als Minderheitenrechte. Meinungsfreiheit, Schutz vor dem Staat – all das gilt für mich als Individuum, das sind Individualrechte und nicht Kollektivrechte. Es gibt dabei natürlich auch die Rechte, die ich als Volk habe, mit meiner eigenen Sprache, meiner Kultur, die nicht unterdrückt werden dürfen.

Im Nahen Osten ist das Problem jedoch etwas anderes: die Angst vor Majorisierung. Wenn wir sagen, da wo die Mehrheit arabisch ist, haben wir Arabistan, und da, wo sie kurdisch ist, haben wir Kurdistan. Dann entwickelt sich daraus sofort der Wunsch, dass die einen die anderen vertreiben wollen, um sich da selbst anzusiedeln. Das ist die Geschichte des Nahen Ostens seit etwa 75 Jahren.

**NR: Vielleicht schon länger? Ich denke an den Vertrag von Lausanne 2023 und die folgenden Vertreibungen von Griechen aus der Türkei und Türken aus Griechenland.**

**TOS:** Bleiben wir mal bei der Zeit nach 1945, in der sämtliche Widersprüche, die einem Nationalstaat inhärent sind, im Nahen Osten explodieren. Der Libanon ist ein gutes Beispiel. Wenn wir darüber nachdenken, wer die Mehrheit hat, geschieht etwas wie in Syrien, wo in den 1960er Jahren 300.000 Kurden die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, damit sie keine syrischen Staatsbürger mehr sind. Man hat Araber angesiedelt, um sagen zu können, jetzt haben wir hier arabisches Gebiet.

Dem steht die kanadische Verfassung entgegen. In Kanada ist ein Gebiet immer noch französisches Gebiet, auch wenn da nur noch wenige Franzosen wohnen. In Kanada lassen sich Gebiete so gut wie nicht majorisieren. Es ist so gut wie unmöglich, in Kanada den Status komplett zu ändern. Ähnlich verhält es sich in Irakisch Kurdistan. Die Gouvernements Dahouk, Erbil, Suleymaniia sind Kurdistan. Dort leben heute mehr Araber als noch zu Saddams Zeiten. Trotzdem ist das nach wie vor Kurdistan. Es besteht nicht die Gefahr, dass Araber irgendwann sagen, wir sind jetzt die Mehrheit. Damit ist akzeptiert, das ist Kurdistan.

Diese Fragen spielen in Syrien eine zentrale Rolle. Wie lässt sich verhindern, dass Kurden, die unter der Arabisierungspolitik Assads sehr gelitten haben,

dass es wieder zu einer arabischen Majorisierung kommt? Dann spielen die Fragen eine Rolle, wie ist das in Belgien gelöst, in Indien, in Ländern, in denen es keine einheitliche Nationalsprache gibt? Oder in Nigeria, das eine tolle Verfassung hat, die aber leider nicht umgesetzt wird? Wie ist es möglich, die Ängste derjenigen, die lange Zeit als Minderheit behandelt wurden, so ernst zu nehmen, dass sie in Zukunft vor solchen Schritten geschützt sind? Wie kann man beispielsweise bewaffnete Sicherheitskräfte in einer Region lassen, die auch in der Lage sind einzugreifen. In Irakisch Kurdistan gibt es eigene kurdische Sicherheitskräfte.

So kommen wir in einen unglaublich spannenden Prozess. Wir können mit jungen Menschen im Nahen Osten, die gerade ihr 1848 erleben, über hochpolitische Fragen sprechen, die wir hier längst vergessen haben, weil sie so selbstverständlich sind, dass niemand mehr weiß, welche Prozesse es gab, um das, was wir heute haben, zu erreichen, oder weil manche die Demokratie über Bord werfen wollen, weil sie Demokratie als die Tyrannie der Mehrheit verstehen.

**Das vollständige Interview ist hier nachzulesen: <https://demokratischer-salon.de/beitrag/neues-syrien-neue-levante-und-eine-längere-Reportage-aus-dem-berüchtigten-Sednaya-Gefängnis-bei-Damaskus-hier>: <https://wadi-online.de/2025/01/28/sednaya-das-menschen-schlachthaus-des-assad-regimes>**

# ...IHRE UNTER- STÜTZUNG ZÄHLT MEHR DENN JE

In Zeiten der Entsolidarisierung, in denen unzählige Menschen aus Krisen- und Kriegsgebieten nur noch als Bedrohung wahrgenommen werden, gegen die man sich abschottet, ja, wie inzwischen sogar offiziell erklärt, gar einen „Krieg gegen Flüchtlinge“ führt, scheint praktische Solidarität plötzlich ein überholtes Konzept aus vergangenen Zeiten. Überall werden Hilfsgelder radikal gekürzt, die humanitäre Katastrophe für große Teile der Menschheit scheint wie ein Naturgesetz, mit dem man sich eben abfinden muss: nicht änderbar.

Seit nunmehr fast 35 Jahren wollen wir uns aber nicht abfinden und wissen aus langjähriger Praxis, dass Veränderungen auch in dunklen Zeiten möglich und nötiger denn je sind. **Um weitermachen zu können, brauchen wir deshalb dringender denn je auch Ihre solidarische Unterstützung.**

w a d i

Herausgeber:

wadi e.V.  
Herborner Straße 62,  
60439 Frankfurt/Main  
Amtsgericht Frankfurt, Nr. 0176

Die namentlich gezeichneten Beiträge spiegeln die Sichtweise der Autoren wider und nicht zwangsläufig die der Redaktion.  
Fotos © wadi e.V.

Aktuelle Informationen auf:  
[www.wadi-online.de](http://www.wadi-online.de)

**SPENDENKONTO:**  
**POSTBANK FRANKFURT/MAIN**  
**IBAN: DE43 5001 0060 0612 3056 02**  
**BIC: PBNKDEFF**

Spendenbelege ab 300 Euro/Jahr werden automatisch zu Beginn des Folgejahres verschickt. Wir stellen Ihnen auf Wunsch auch sofort einen Beleg aus oder erstellen Belege für Spenden unter 300 Euro. Bitte teilen Sie uns dies dann einfach kurz per Mail an [public@wadi-online.de](mailto:public@wadi-online.de) mit.